



# MAGAZINE

CHIȘINĂU – HAUPTSTADT  
DER REPUBLIK MOLDAU



## **EZA IN DER REPUBLIK MOLDAU**

Zerrissen zwischen Ost und West

## **EUROPAS SORGFALTPFLICHT**

Über das kommende EU-Lieferkettengesetz

## **BRÜSSEL-KONFERENZ 2023**

Steigende Zinsen, sinkende Löhne

## **EZAS BEITRAG ZUM JAHR DER KOMPETENZEN**

## **DIGITALISIERUNG UND GREEN ECONOMY**

Die 8. Europäische Soziale Woche

**AUSGABE 01/2023**



## Liebe Kolleg:innen, liebe Leser:innen,

“We weren’t naive, we were greedy. Our industry was built a lot around Russian energy first and foremost because it was cheap,” diese Aussage traf die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Margrethe Vestager in einem Interview vergangenes Jahr.

Diese europäische Einstellung trifft auch auf andere Länder wie China, Taiwan oder Vietnam zu. Als Folge des dominierenden Ziels, Produktionskosten zu senken, hat sich Europa in eine fatale Abhängigkeit begeben und zahlt heute einen hohen Preis hierfür. Bereits die Pandemie hat uns dies angesichts unterbrochener Lieferketten mehr als deutlich offenbart, als sich plötzlich Regale in Geschäften leerten oder Arzneimittel nicht verfügbar waren und. z.T. bis heute nur mit Verzögerung lieferbar sind. Der Angriff Russlands auf die Ukraine tat mit Blick auf die Energieversorgung und Getreide sein Übriges.

Unter der neuen industriepolitischen Leitlinie „Offene strategische Autonomie“ sind die EU und ihre Mitgliedsländer bestrebt, die wirtschaftliche Resilienz ihrer Wirtschaft zu stärken und externe sowie intern Abhängigkeiten zu reduzieren: Lieferketten diversifizieren und verkürzen, eine Rückkehr zur Lagerhaltung, Rückverlagerung von Produktion in die EU, der Aufbau ‚europäischer Champions‘ (IPCEIs), die Begrenzung ausländischer Investitionen in strategischen Bereichen (FDIs), usw.

Für die EU, zu deren Glaubenssätzen Freihandel zählt, wird es ein Balanceakt zwischen dem Streben nach mehr Autonomie und der Vermeidung von Protektionismus. Ca. 38 Millionen Arbeitsplätze in der EU hängen direkt vom Außenhandel ab. Zum anderen eine Gratwanderung hinsichtlich eines drohenden Subventionswettlaufs innerhalb der EU – oder mit anderen Ländern wie die Diskussion um den Inflation Reduction Act der USA verdeutlicht.

Der Erfolg der angestrebten größeren Unabhängigkeit hängt von verschiedenen Faktoren ab: werden wir es schaffen, die nötigen Fachkräfte auszubilden? Das Europäische Jahr der Kompetenzen 2023 legt den Finger in der Wunde und zeigt wie dramatisch der Handlungsbedarf ist. Werden wir Verbraucher:innen unser Mindset verändern und bereit sein, für Produkte ‚Made in Europe‘ mehr zu zahlen? Werden es sich viele angesichts galoppierender Inflation überhaupt leisten können? Diese soziale Dimension der offenen strategischen Autonomie gilt es im Blick zu behalten. Auf der diesjährigen Brüssel-Konferenz hat EZA u.a. diese Fragen aufgeworfen. Im dazugehörigen Artikel in dieser Ausgabe können Sie mehr dazu lesen.

Ich wünsche wie immer gute Lektüre!

Sigrid Schraml  
Generalsekretärin



# INHALT

4

**EZA IN DER REPUBLIK MOLDAU:**  
Zerrissen zwischen Ost und West

8

**EUROPAS SORGFALTPFLICHT:**  
Über das kommende EU-Lieferkettengesetz

11

**BRÜSSEL-KONFERENZ 2023:**  
Steigende Zinsen, sinkende Löhne

14

**EZAS BEITRAG ZUM JAHR DER KOMPETENZEN**

16

**DIGITALISIERUNG UND GREEN ECONOMY:**  
Die 8. Europäische Soziale Woche

18

**IMPRESSUM**



# EZA IN DER REPUBLIK MOLDAU

Chişinău. Zum ersten Mal in der Geschichte von EZA hat ein Seminar auf moldauischen Boden stattgefunden. Ein Bericht über ein Land unter Druck.



CHIŞINĂU – HAUPTSTADT DER REPUBLIK MOLDAU

**TEXT:** Lukas Fleischmann  
**FOTOS:** Lukas Fleischmann

Vom Flughafen Chişinău zum Hotel im Stadtzentrum sind es rund 20 Minuten Autofahrt. Zeit genug, um während einer Taxifahrt ins Gespräch zu kommen und einen guten ersten Einblick in die Lebensrealität von arbeitenden Menschen zu bekommen. Der Fahrer sagt, er arbeite im Sommer in der Landwirtschaft und im Winter, wenn die Felder brach lägen, fahre er Taxi. „Ich fliege Drohnen mit Tanks, um die Felder zu düngen. Die Felder hier sind riesig, da geht das mit Drohnen einfacher. Sonst gibt es nicht viel Arbeit.“ Der moderne Einsatz von Technik in der Landwirtschaft steht im krassen Kontrast zum Zustand der Straßen, auf denen das

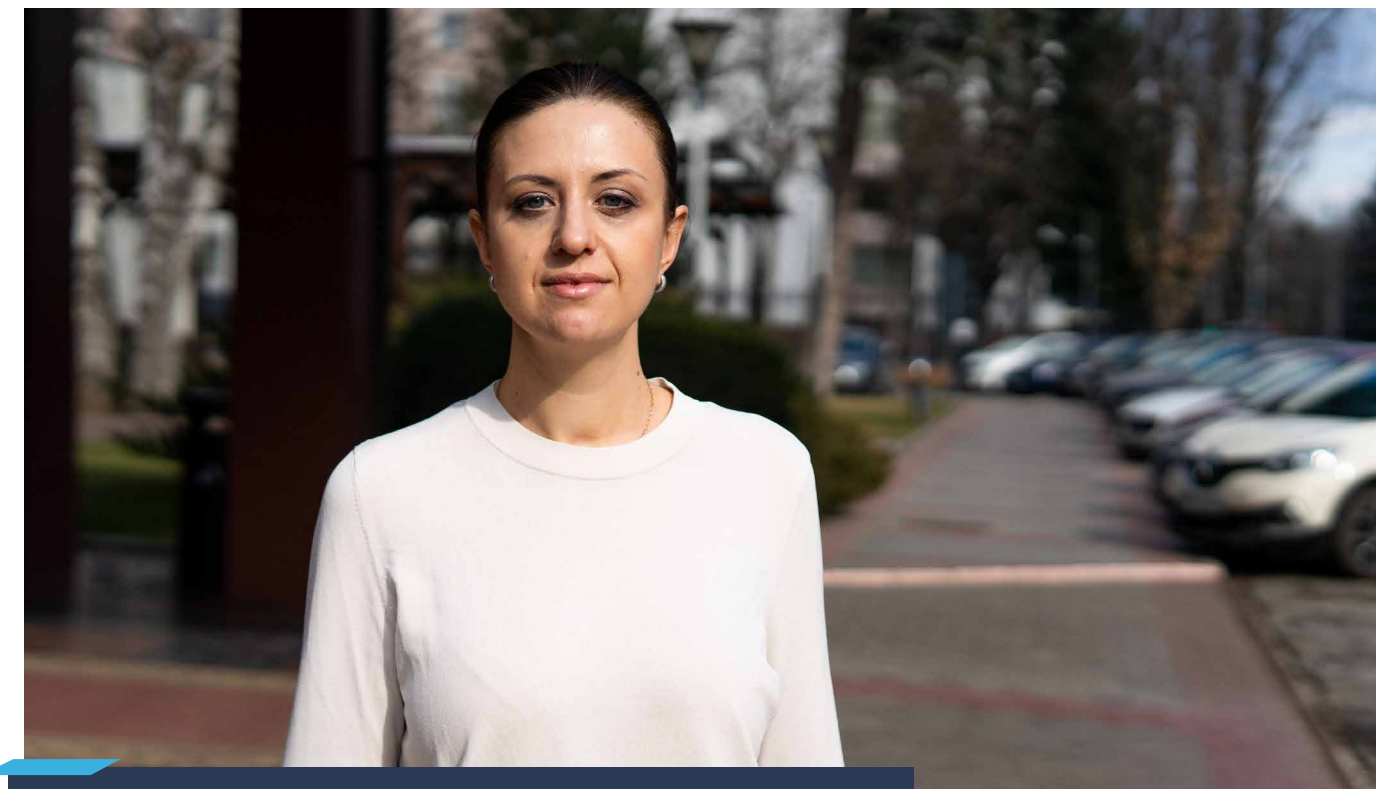
Taxi in Richtung Zentrum rumpelt. Dann irgendwann geht es um Politik und die EU und die Miene des Fahrers verändert sich. „Die Engländer haben das richtig gemacht mit dem Brexit und davon ja immens profitiert“, sagt er, „und wir in Moldau müssen auch unabhängig bleiben. Wir sind Freunde von allen, von Russland und von Europa.“ Die Nachfrage, ob die EU seiner Ansicht nach auch einen Angriffskrieg gegen ein benachbartes Land durchführen würde, wird ignoriert. Man wisse ja gar nicht, was da wirklich geschehe, sagt er. Zwar sind diese Aussagen Einzelmeinungen, allerdings offenbaren sie zentrale Probleme des Landes, das seit Juni 2022 den

Kandidatenstatus zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat. Moldau ist das ärmste Land Europas, die soziale Ungleichheit ist riesig und gemessen an der Einwohnerzahl hat das Land die meisten Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Gleichzeitig ist die Infrastruktur marode und es herrschen Desinformation und der Würgegriff Russlands sowie eine galoppierende Inflation von 37 Prozent im Februar 2023 vor. Das von Russland de facto kontrollierte Gebiet Transnistrien befindet sich nur rund eine Stunde Taxifahrt von der Hauptstadt entfernt. Laut einem Leak an ein internationales Recherchekonsortium hat Russland weitreichende Pläne zur Destabilisierung des Landes und zur Umwandlung Moldaus in einen Vasallenstaat des Kremls.

**D**er Moldauische Gewerkschaftsbund lehnt diese Russlandunterwerfung ab und forciert eine Bindung an Organisationen innerhalb der EU. Dieser Ruf wurde vom EZA-Mitgliedszentrum IFES und Cartel Alfa aus dem Nachbarland Rumänien gehört. Zum ersten Mal in der Geschichte organisierte EZA Mitte Februar ein Seminar in Chişinău. „Wir haben schon seit Jahren Mitglieder aus Moldau zu Seminaren nach Rumänien eingeladen“, sagt Silviu Ispas von IFES, „und wir haben immer gesagt: Ab dem Zeitpunkt, an dem es möglich, Seminare hier vor Ort durchzuführen, werden wir hier sein. Mit dem Kandidatenstatus des Landes ist das jetzt möglich. Jetzt ist die Situation in Moldau wie in Rumänien vor 25 Jahren, als der Soziale Dialog im Land erst so richtig begonnen hat.“ Ähnlich wie Silviu Ispas sieht auch Polina Fisticianu die großen Herausforderungen, die nun auf das Land

zukommen. „Wir sind durch den Krieg [in der Ukraine] für viele Menschen überhaupt erst auf der Bildfläche erschienen“, sagt Polina. Sie ist Leiterin der Abteilung für sozialen und wirtschaftlichen Schutz innerhalb des nationalen moldauischen Gewerkschaftsbundes. „Dass wir nun den EU-Kandidatenstatus haben, ist großartig für uns. Es war ein sehr langer Prozess diesen Status zu bekommen. Nun müssen wir unsere nationale Gesetzgebung, wie zum Beispiel in Bezug auf Arbeitsbedingungen, an die Anforderungen der EU anpassen. Wir brauchen außerdem weitreichende Änderungen in unserem Rechtssystem und müssen die Möglichkeit für junge Menschen schaffen, anständige Arbeit mit guten Zukunftsaussichten zu generieren.“

**B**etrachtet man die Statistiken, liegt ein langer Weg vor der Republik Moldau mit seinen 2,6 Millionen Einwohnern. Außerhalb Chişinăus geht die Bevölkerung des Landes dramatisch zurück. Größtenteils erfolgt eine Binnenmigration in die Hauptstadt. Dort erhoffen sich viele Menschen bessere Jobs und einen höheren Lebensstandard. Eine große Zahl wandert aber auch in die EU ab. Das tun vor allem diejenigen, die sowohl die moldauische, als auch die rumänische Staatsbürgerschaft haben und meistens hochgebildet sind. „Wir haben über 1.000.000 Menschen aus Moldau, die im Ausland leben und durch Geldsendungen an Verwandte oder Freunde die hiesige Wirtschaft unterstützen. Das ist eine riesige Zahl“, sagt Polina Fisticianu.



POLINA FISTICIANU VOM MOLDAUISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES





VIOREL BRAGA, IM VORDERGRUND DIE ÜBERSETZERIN.

Dennoch lebt auch 2023 der Großteil der Bevölkerung immer noch in ländlichen Gegenden, und das liegt vor allem daran, dass Obst-, Gemüse- und Weinanbau einen signifikanten Teil des BIP ausmacht. Prekäre und informelle Arbeitsverhältnisse gibt es vor allem hier in der Landwirtschaft. Für die abtrünnige Teilrepublik Transnistrien liegen keine statistischen Daten vor. Allerdings dürfte die Industrialisierung dort wesentlich höher sein, da in dieser Region bereits zu Sowjetzeiten viel Industrie angesiedelt war. „Aber wir sehen auch, dass es positive Entwicklungen gibt“, sagt Mihai Grecu, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Moldauischen Institut für Entwicklung der Informationsgesellschaft, einer Art Statistikbehörde, „im Dienstleistungsbereich sind wir mittlerweile bei über 50 Prozent angelangt, Tendenz stetig steigend. Außerdem entwickeln sich gerade Jobs im IT-Bereich recht schnell.“ Laut den offiziellen Statistiken des Landes gibt es derzeit sogar in einzelnen Dienstleistungsbereichen einen Arbeitskräftemangel.

## Im Institut für Arbeit

Doch diese positiven Entwicklungen sind fragil. Ähnlich wie die Finanzierung des Instituts für Arbeit des Nationalen Gewerkschaftsbundes. Dieses Tagungs- und Bildungszentrum am Rande Chişinău ist ein Haus für Weiter- und Fortbildungen sowie Seminare für Gewerkschaftsmitglieder. Derzeit beherbergt es auch einige ukrainische Flüchtlinge in seinen Zimmern. Der Präsident des Gewerkschaftsbundes, Igor Zubcu, betont, dass die Finanzierung komplett unabhängig sei. Dadurch wolle

man staatliche Einmischung verhindern. Über 300.000 Gewerkschaftsmitglieder finanzierten laut Zubcu den Betrieb unter anderem mit ihren Beiträgen, dafür müssen sie keine Gebühr für die Weiterbildungsmaßnahmen zahlen. Viorel Braga, Generaldirektor des Instituts für Arbeit, führt die Teilnehmenden des Seminars durch die Räume. „Obwohl wir dramatische Sparmaßnahmen hinter uns haben, zahlen wir pro Monat rund 10.000 Euro für Strom und 8.000 Euro für Gas. Das ist eine große Herausforderung für den Betrieb dieses Hauses. Trotzdem haben wir beschlossen, das Haus geöffnet zu lassen, um gerade auch ukrainischen Flüchtlingen eine Bleibe zu geben.“ Moldau bezog sowohl Strom als auch Gas fast ausschließlich aus Russland. Aktuell beliefert vor allem Rumänien das Nachbarland. Während die Preise im Land in schwindelerregende Höhe steigen, sind sie für die Energieversorgung in Transnistrien niedrig. Denn hier kommen Strom und Gas nach wie vor aus Russland, was die Spannungen der beiden Landesteile weiterbefördert.

## Gewerkschaften in der Krise

Genauso wie das Institut für Arbeit, will auch der Moldauische Gewerkschaftsbund moderne Gewerkschaftsarbeit nach den Prinzipien des Sozialen Dialogs forcieren. Die Organisation ist mittlerweile Teil des Internationalen- und Europäischen Gewerkschaftsbundes. „Wir haben es als obligatorisch betrachtet, Teil dieser Europäischen Gewerkschaftsfamilie zu werden. Und wir wollen auch Teil der EZA-Familie werden“, sagt Igor Zubcu, seit 2021 Vorsitzender des CNSM. Das Vertrauen in die Gewerkschaften ist jedoch landesweit betrachtet schlecht. Laut Statistiken

des Instituts für öffentliche Politik, geben fast 40 Prozent der Menschen an, überhaupt kein Vertrauen in Gewerkschaften zu haben. Das liegt zum einen am postsowjetischen Erbe, das viele Länder der ehemaligen Sowjetunion eint. Gewerkschaften werden auch in Moldau noch mit der Korruption und Klüngelei aus kommunistischen Zeiten in Verbindung gebracht. Für öffentliche Politik, geben fast 40 Prozent der Menschen an, überhaupt kein Vertrauen in Gewerkschaften zu haben. Das liegt zum einen am postsowjetischen Erbe, das viele Länder der ehemaligen Sowjetunion eint. Gewerkschaften werden auch in Moldau noch mit der Korruption und Klüngelei aus kommunistischen Zeiten in Verbindung gebracht.

Zum anderen haben auch aktuelle Korruptionsskandale zum negativen Image von Gewerkschaften in Moldau beitragen. Zumindest laut Statistiken geht diese weitreichende Korruption leicht zurück. Binnen zwei Jahren machte die Republik Moldau 24 Plätze auf dem Index von Transparency International gut und sprang von Platz 115 in 2020 auf Platz 91 in 2022, direkt hinter Belarus und Kolumbien. Diese Entwicklungen müssten fortgeführt werden, um eine Integration in die EU zu ermöglichen, wie der Landesreport Moldau der Friedrich-Ebert-Stiftung konstatiert. Für die künftige europäische Integration sei dabei ein funktionierendes und durchsetzungsfähiges Gewerkschaftssystem unverzichtbar. „Wir haben es geschafft, viele Probleme zu lösen“, sagt Polina Fisticanu, „wir haben einen einheitlichen Mindestlohn durchgesetzt und diesen dann sogar erhöht. Vorher hatten wir zwei verschiedene, je

nach Sektor. Wir haben darüber hinaus ein Memorandum mit der Regierung unterzeichnet, das die Formalisierung informeller Arbeit anstrebt. Das ist nicht nur wichtig für die Arbeitnehmenden, um soziale Absicherung zu erhalten, sondern auch für uns, um Druck auf die Erhöhung von Löhnen auszuüben. Letztlich sind das alles Einnahmen, die ja auch öffentlich für Bildung oder Infrastruktur ausgegeben werden und aktuell noch fehlen.“

## Wie stabil bleibt Moldau?

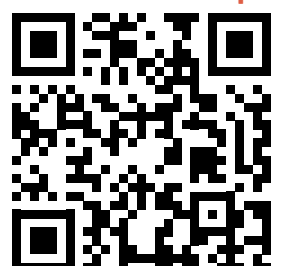
Die Rückfahrt vom Hotel zum Flughafen dauert diesmal länger. Aufgrund von Demonstrationen gegen die aktuelle Regierung der pro-europäisch eingestellten Staatspräsidentin Maia Sandu sind zwei große Boulevards im Zentrum der Stadt gesperrt. Das Hotel liegt genau dazwischen. Ein riesiges Aufgebot von Polizisten begleitet die Demonstrationen. Nur wenige Tage vor dem Seminar ist die Ministerpräsidentin Natalia Gavrilita zurückgetreten. Diese Regierungskrise wurde ausgelöst von der hohen Inflation, den exorbitanten Energiepreisen und Raketen über dem moldauischen Luftraum. Das Amt hat nun der vorherige Innenminister Dorin Recean, wie Sandu ebenso pro-europäisch eingestellt. Er tritt ein Erbe in einem Land an, das unter immensem Druck steht, das im Fadenkreuz Russlands liegt, das mit großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen hat, und das seine Zukunft (zumindest aktuelle) in der Europäischen Union sieht. Wenn es nach den Gewerkschaften geht, so bald wie möglich.

Der Soziale Dialog in Moldau weist in eine positive Richtung, obwohl er noch zahlreiche Hürde zu nehmen hat. „Der Soziale Dialog ähnelt aktuell eher einer Diskussion unter Freunden“, sagt Silviu Ispas vom EZA-Mitgliedszentrum IFES aus Rumänien, „häufig wird über Probleme gesprochen, die nicht vom Arbeitsmarkt oder aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb resultieren, weil etwa 70 Prozent der Firmen dem Staat gehören. Die Vertreter von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und dem Staat sind sich in vielen Fällen zu nahe.“

Im Jahr 2021 ist der frühere Gewerkschaftspräsident Oleg Budza wegen Amtsmissbrauch abgesetzt worden. Allerdings konnte der Dialog nach dem Regieader aufgenommen werden. Gleichzeitig findet regelmäßiger Austausch mit dem Arbeitgeberverband statt, wenn auch gemeinsame Treffen nicht zu einhundert Prozent wahrgenommen werden. Gemeinsame Prioritäten und Erfolge waren bislang unter anderem die Anhebung des Mindestlohns, der Mindestrente und die Stärkung der Befugnisse der staatlichen Arbeitsaufsichtsbehörde. Weiterhin wurden zahlreiche neue Tarifverträge in den diversen Branchen ausgehandelt.

Dieser Artikel entstand im Rahmen eines Seminars, das von IFES (Institutul de Formare Economica si Sociala), Cartel Alfa und EZA im Februar 2023 organisiert wurde. Weitere Informationen und Einblicke in das Land können Sie im Podcast „We Work Europe“ nachhören. Den Link zu den Folgen finden Sie hier.

 We Work Europe





# EUROPAS SORGFALTSVERPFLICHTUNG

2024 möchte die EU ein Lieferkettengesetz verabschieden, das Unternehmen und Zulieferer verpflichtet, Umwelt und Menschenrechte stärker zu achten. Gewerkschaften und NGOs setzen sich für ein möglichst starkes Gesetz ein, denn gegenwärtige Entwürfe weisen Schwachstellen auf.



**IN VIELEN INDISCHEN STEINBRÜCHEN GIBT ES KEINE AUSREICHENDEN SICHERHEITSTANDARDS.**

**TEXT:** Ralph Würschinger  
**FOTOS:** Eline Wijnen, CSC

„Wer von euch kennt sich in der Natursteinbranche aus?“ Wortlos melden sich ein paar der rund 30 Teilnehmer:innen im Raum. „Wie sieht es mit Arbeitssicherheit aus?“ Die Fragestellerin deutet auf einen Mann, der sich eben gemeldet hat. „Möchten Sie uns kurz erzählen, wer Sie sind und inwiefern Sie mit der Branche zu tun haben?“ Während sich der Teilnehmer als Vertreter eines italienischen Gewerkschaftsbunds vorstellt, hört Lizette Vosman aufmerksam zu, nickt ab ehe sie mit ihrer Präsentation fortfährt. In dem Seminarraum eines Brüsseler Hotels hält sie heute einen Vortrag zum Thema Sorgfaltspflicht, der im Rahmen eines EZA-Seminars stattfindet. Lizette Vosman arbeitet für eine niederländische NGO namens Arisa. Arisa - Advocating Rights in South Asia - setzt sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in inter-

nationalen Lieferketten in Südasien ein. In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen überwacht Arisa die Arbeitsbedingungen in der Produktion von Bekleidung und Textilien, Leder, Naturstein und Pflanzensamen. Viele Arbeiter:innen in den Lieferketten niederländischer und europäischer Unternehmen sind mit schwierigen Arbeitsbedingungen und sozialen Problemen konfrontiert. Arisa kümmert sich vorrangig um die am meisten gefährdeten Arbeitnehmer in diesen Lieferketten und setzt sich für die Beseitigung von Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Diskriminierung aufgrund von Kaste oder Geschlecht ein. Lizette Vosman zeigt auf einer Leinwand ein Video, in dem ein Steinbruch in Indien zu sehen ist. Ein Arbeiter:innen erzählt vom Staub, den krank zu werden. Es sind Menschen zu sehen, die ein Tuch

## Notwendigkeit eines Gesetzes

krank zu werden. Es sind Menschen zu sehen, die ein Tuch über Mund und Nase gebunden haben. Menschen, die Arbeiten mit Werkzeug und offensichtlich scharfkantigen Steinen ohne Handschuhe oder sonstiger Sicherheitskleidung verrichten. Das Video ist Teil der TruStone Initiative – zu der auch Arisa gehört – einem sektoralen Zusammenschluss der flämischen Regierung und der niederländischen Regierung, Unternehmen aus dem Natursteinsektor, NGOs und Gewerkschaften. Die Beteiligten erarbeiten im Zuge dieser internationalen RBC-Vereinbarung, die bis 2024 befristet ist, einen Aktionsplan, um die Arbeitsbedingungen im Natursteinsektor zu verbessern, Menschenrechte besser zu achten und Missstände aufzudecken.

Seit 2005 betreibt Arisa Feldforschung zu diesen Themen. 2017 hat die Organisation einen Bericht veröffentlicht, in dem 22 Steinbrüche in Indien untersucht worden sind. Das Ergebnis: Vorfälle von Kinderarbeit, unbezahlten Überstunden, unbezahltem Urlaub und ein System, das Menschen in Lohnknechtschaft führt und an die Arbeitgeber:innen bindet. Lizette Vosman hat europäische Unternehmen mit den Zuständen ihrer Zulieferer konfrontiert: „Einige Unternehmen haben das verneint, andere waren überrascht. Sie haben uns gefragt, was sie dagegen tun können. Ich habe gesagt, dass euch zunächst einmal fragen könnt: Zahlt ihr einen fairen Lohn an eure Zulieferer? Sind die Lieferzeiten, die ihr verlangt, angemessen? Je kürzer die Zeiten sind, desto höher ist der Druck und desto wahrscheinlicher kommt es zu Arbeitsrechtsverletzungen.“

Diese Gefahren lauern nicht allein in der Natursteinbranche. Auch in der Textilindustrie und im Chemiesektor z.B. treten Menschenrechte in den Hintergrund. Laut der ILO arbeiteten allein im Jahr 2020 152 Millionen Kinder weltweit, statt zur Schule zu gehen. 73 Millionen Menschen arbeiteten unter gefährlichen Bedingungen und laut dem Global Slavery Index weltweit über 40 Millionen arbeiteten unter sklavenähnlichen Verhältnissen. Um das zu ändern, kämpfen Gewerkschaften in Europa für deren Rechte. Die belgische Konföderation christlicher Gewerkschaften (frz. Confédération des syndicats chrétiens; im Folgenden abgekürzt mit CSC) veranstaltet zum Thema Sorgfaltspflicht ein zweitägiges EZA-Seminar, zu dem u.a. Lizette Vosman eingeladen ist. „Wir geben den Teilnehmenden Werkzeuge an die Hand, mit denen sie in den sozialen Dialog treten können“, sagt Manon von Thorre von CSC. „Die Teilnehmenden sollen am Ende des Seminars wissen, was menschenrechtliche Sorgfaltspflicht ist. Denn die Gesetze werden kommen.“ Für ein EU-weites Lieferkettengesetz liegen bereits Entwürfe des Europäischen Rats und der Kommission vor. Das EU-Parlament bereitet gerade ebenfalls einen Entwurf vor. Noch in diesem Jahr werden die drei Institutionen in Trilog gehen und frühestens im März nächsten Jahres ein Gesetz verabschieden. Ein verbindliches Gesetz hält Manon von Thorre für unverzichtbar. Zwar setzen viele Unternehmen für den Umgang mit ihren Zulieferern einen freiwilligen Verhaltenskodex auf. Wird dieser nicht eingehalten, droht den Unternehmen aber bisher keine Strafverfolgung. Opfer haben daher keine Möglichkeit, Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen.



**LIZETTE VOSMAN VON ARISA FREUT SICH ÜBER EIN LANGERSEHTES EU-LIEFERKETTENGESETZ.**



**DASS GEWERKSCHAFTEN EINE ROLLE BEI DER AUSARBEITUNG UND UMSETZUNG EINES LIEFERKETTENGESETZES SPIELEN, IST MANON VAN THORRE VON CSC SEHR WICHTIG**



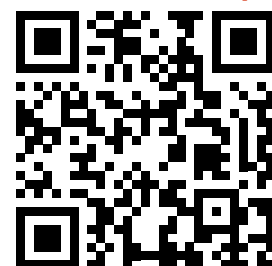
einzuarbeiten, so dass Unternehmen für ihre CO2-Ausstöße Verantwortung übernehmen müssen.“

## Auch die Umwelt hat Rechte

Diese Forderungen haben Eingang in den Entwurf der EU-Umweltkommission gefunden. Demnach sollen Unternehmen ermitteln müssen, wie sich ihre Geschäftsaktivitäten - inklusive Lieferkette - auf die Umwelt auswirken, und geeignete Maßnahmen treffen, um Schäden abzuschwächen oder zu verhindern. Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 150 Millionen Euro müssen in einem Transformationsplan darlegen, wie sie ihren Beitrag dazu leisten die Pariser Klimaziele einzuhalten. Wenn es nach Anya Verkamp ginge, dann sollte ein Lieferkettengesetz nicht nur Umweltschäden bei der Produktion einbeziehen, sondern auch welche ggfs. schädlichen Auswirkungen Produkte in ihrem Produktlebenszyklus haben. Bezeichnet wird das als Downstream der Lieferkette: es geht hierbei beispielsweise um Plastikmüll, Hormone im Wasser oder - wenn wir auf Menschenrechte blicken - um den Einsatz von Überwachungssystemen und Waffen.

Anders sähe es aus, wenn es zu einem strikten Lieferkettengesetz kommen würde. Manon van Thorre begrüßt die Entwürfe für eine Richtlinie, die diesbezüglich bereits vorliegen. Ihr gehen diese aber nicht weit genug. „Die Entwürfe nehmen nicht die kleinen und mittleren Unternehmen in die Pflicht“, sagt sie. „Dazu zählen viele Bau-firmen, in deren Branche Arbeitssicherheit eine große Rolle spielt. Unserer Meinung nach sollten sich alle Unternehmen an ein Lieferkettengesetz halten müssen.“ Ebenso fordert sie, dass nicht nur der unmittelbar nächste Zulieferer eines Unternehmens die Menschenrechte zu achten hat, sondern auch die Zulieferer der Zulieferer, sprich: über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg. Für den Finanzsektor lassen es die Entwürfe offen, ob dieser einem Lieferkettengesetz unterliegen soll oder nicht. Die EU-Mitgliedsstaaten können das in eigenem Ermessen entscheiden. Kritiker:innen fürchten, dass ein schwaches EU-Gesetz zu einem schwachen nationalen Gesetz führen könnte. Gewerkschaften wie CSC und Arisa kämpfen für ein starkes Lieferkettengesetz auf EU-Ebene. Zusammen mit ECCJ, der European Coalition for Corporate Justice. Einem Zusammenschluss aus fast 500 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Europa. „Jede Woche zählt“, sagt Anya Verkamp. Sie ist Kampagnenkoordinatorin bei ECCJ. „Wir haben dafür gesorgt, dass 5.000 E-Mails von Bürger:innen und Initiativen an Abgeordnete des EU-Parlaments geschickt wurden. Darin stand die Bitte, weitreichende Umweltmaßnahmen in ein Lieferkettengesetz

Entscheidend für die Wirksamkeit eines EU-weiten Lieferkettengesetzes ist dessen Umsetzung. Für Verletzungen der gesetzlichen Bestimmungen fordert Anya Verkamp strafrechtliche und zivilrechtliche Verfolgung. Manon van Thorre von CSC geht noch weiter: „Für uns ist es wichtig, dass die Beweislast umgekehrt wird. Es sollte nicht das Opfer sein, das den Verstoß beweisen muss. Das Unternehmen sollte beweisen müssen, dass es keinen Verstoß begangen hat und die Sorgfaltspflicht einhält.“ In jedem Fall werden Unternehmen nachweisen müssen, dass sie sich an ein Lieferkettengesetz halten. Lizette Vosman von der NGO Arisa prognostiziert für die nächsten Jahre einen Boom an Audit-Unternehmen, also Organisationen, die für Firmen deren Arbeitsrichtlinien prüfen. Gleichzeitig weist Lizette Vosman auf Mängel in der Arbeitsweise von sog. Auditoren hin „Am problematischsten ist, dass Prüfer:innen nicht außerhalb des Arbeitsortes mit den Arbeitnehmer:innen sprechen. Die Interviews finden in der Fabrik statt, manchmal sogar im Beisein des Managements. Die Chancen sind groß, dass Sie sich als Arbeitenehmer:in nicht trauen, die Wahrheit zu sagen.“ Trotz dieser Zweifel überwiegt die Freude auf ein Lieferkettengesetz wie auch die damit verbundene Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation von Arbeitnehmer:innen weltweit. 2024 wird das Jahr, in dem sich zeigt, zu wieviel Verantwortung gegenüber Arbeitnehmer:innen in globalen Lieferketten die EU wirklich bereit ist.



Dieser Artikel entstand im Rahmen eines Seminars, das von CSC (Confédération des syndicats chrétiens) und EZA im Februar 2023 organisiert wurde. Weitere Informationen und Einblicke in die Gesetzesentwürfe hören Sie im Podcast „We Work Europe“. Den Link zu der Doppelfolge finden Sie hier.

# STEIGENDE ZINSEN, SINKENDE LÖHNE

Das Thema der zweiten Podiumsdiskussion bei der Brüsseler EZA-Konferenz 2023 war die Reaktion der EZB auf die aktuelle Inflationskrise. Zusammen mit Wissenschaftler:innen sowie Vertreter:innen von EZB und Arbeitnehmerorganisationen diskutierten die Teilnehmenden über die Folgen der steigenden Zinsen für die Löhne und Beschäftigung und warum sich die Gewerkschaften mehr mit Währungspolitik befassen sollten.



**DAVID SONDERMANN VON DER EZB VERTEIDIGT DIE STRATEGIE DER ZINSERHÖHUNGEN.**

**TEXT:** Sergio De la Parra  
**FOTOS:** Katrin Brüggem

Seit Juli 2022 hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen sechsmal erhöht, um dem Inflationsdruck entgegenzuwirken, der die Eurozone derzeit belastet. Die Begründung basiert auf der Annahme, dass ein enger Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation besteht: Durch die Verteuerung des Gelds erhöht die EZB die Kosten für die Aufnahme von Darlehen. Dies veranlasst Unternehmen und Privathaushalte, weniger zu investieren und zu konsumieren. Die Gesamtnachfrage sinkt, was die Arbeitslosigkeit steigen und das Lohnniveau sinken lässt. So können die Unternehmen

letztendlich ihre Preise senken, weil sich ihre Personalkosten reduzieren. Wie alle Maßnahmen der EZB scheint auch diese rein technischer Natur und den Experten vorbehalten zu sein. Jedenfalls ist sie nicht Gegenstand einer politischen Debatte. Die meisten Gewerkschaften schenken ihr kaum Beachtung ... aber sie wären gut beraten, es zu tun. Der Hauptgrund wurde oben bereits erläutert: Höhere Zinssätze führen zu geringerem Wirtschaftswachstum, höherer Arbeitslosigkeit und niedrigeren Löhnen. In den letzten Monaten mehren sich die Stimmen, die diese Politik hinterfragen. In den letzten





**LUC VAN DEN BRANDE, EZA-PRÄSIDENT & ANTOINE KASEL, KABINETTCHEF DES KOMMISSARS FÜR BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE RECHTE NICOLAS SCHMIT**

Monaten mehrten sich die Stimmen, die diese Politik hinterfragen. Mehrere internationale Organisationen, wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, haben davor gewarnt, dass eine übermäßige oder zu schnelle Zinserhöhung eine weltweite Rezession auslösen könnte. Diese würde insbesondere Geringqualifizierte und den Niedriglohnsektor treffen. „Es könnte sich herausstellen, dass das Heilmittel schlimmer als die Krankheit ist“, erklärt Renaat Hannsens vom Wissenschaftlichen Dienst der belgischen Gewerkschaft CSC. Der zweite Aspekt ist die Wirksamkeit des Lösungsansatzes der EZB. Die Zinserhöhung, die als Gegenmaßnahme zur nachfragebedingten Inflation gedacht ist, verliert ihre Wirkung, wenn die Teuerung durch eine Angebotskrise ausgelöst wird.

In diesem Fall seien angebotsseitige Faktoren Inflationstreiber, wie die Störungen der Lieferkette im Nachgang der Covid-19-Pandemie oder der Anstieg der Energiepreise seit Ausbruch des Ukrainekriegs, so Hannsens. Dies werde noch dadurch verschärft, dass manche Unternehmen ihre Marktmacht ausnutzten, um ihre Gewinne in die Höhe zu treiben. Die Zentralbank weiß, dass die Inflation teilweise auf eine Angebotskrise zurückzuführen ist, bekennt David

Sondermann, stellvertretender Abteilungsleiter für die Angebotsseite, Arbeit und Aufsicht im Wirtschaftsressort der EZB. Sie sei sich auch bewusst, dass steigende Gewinne in manchen Sektoren die Preise in die Höhe trieben. Aber ein wesentlicher Teil der Inflation sei dennoch nachfrageseitigen Faktoren geschuldet, und auf diesen Anteil zielten die aktuellen Maßnahmen der EZB ab. Er ergänzt, dass die EZB durch ein Hauptziel gebunden ist: Sie muss auf Preisstabilität achten. Sie berücksichtigt dabei natürlich den Einfluss ihres Handelns auf das Wachstum und die Beschäftigung, die ihre Nebenziele sind, aber nur insoweit, als dies die Verwirklichung ihres Hauptziels nicht gefährdet. Als ein Lösungsansatz wird eine Neuregelung der Befugnisse der EZB diskutiert, um Wachstums- und Beschäftigungsfragen den Raum zu geben, den sie verdienen. Man kann wohl sagen, dass die Nebenziele der EZB in den EU-Verträgen vage formuliert sind: Unterstützung der „allgemeinen Wirtschaftspolitiken“ der EU, um zur Verwirklichung der „Ziele der EU“ beizutragen. Aus Sicht von Clément Fontan, Professor für europäische Wirtschaftspolitik an der Katholischen Universität Leuven, braucht die EZB ein klareres Mandat. Er schlägt ein Verfahren unter Beteiligung des Europäischen Parlaments vor, um festzulegen, welche der Nebenziele für die EU am relevantesten sind.

Im Februar 2023 machte dieses Projekt Schlagzeilen, als das Europäische Parlament eine Entschließung zum Jahresbericht der EZB verabschiedete, die vom Thinktank Positive Money als „historisch“ eingestuft wurde. Darin warnt das Parlament die Zentralbank, dass ihre traditionellen währungspolitischen Instrumente im Kampf gegen eine hauptsächlich von den Nahrungsmittel- und Energiepreisen ausgelöste Inflation nur begrenzte Wirkung entfalten. Das Parlament betont außerdem die Bedeutung des Zweitmandats der EZB. Es empfiehlt den Frankfurter Währungshütern, darauf zu achten, dass sich die Kosten ihrer währungspolitischen Maßnahmen Geringverdiener und die Schwächsten der Gesellschaft nicht unverhältnismäßig belasten. Und welche Rolle

spielen die Gewerkschaften dabei? Für die Arbeitnehmervertreter:innen geht es zunächst darum, sich die Auswirkungen der Währungspolitik auf das Beschäftigungs- und Lohnniveau bewusstzumachen. Sie müssen außerdem wissen, dass es Alternativen gibt, einschließlich haushaltspolitischer Maßnahmen. Die Unabhängigkeit der EZB, die sie vor politischen Weisungen schützt, bedeutet nicht, dass die Währungshüter losgelöst von ihrem Umfeld agieren und als Rechtfertigung für Handlungslosigkeit dienen dürfen. Darüber hinaus sind Bündnisse mit anderen Akteuren denkbar, wie zum Beispiel dem Europäischen Parlament, um langfristig die Aufgaben der Zentralbank zu reformieren.

## Weitere Themen der Brüsseler EZA-Konferenz 2023:

### Podium 1

Die Teilnehmenden der ersten Podiumsdiskussion zur Lohnpolitik erkannten einstimmig an, dass die Sozialpartner und der soziale Dialog eine Schlüsselrolle für den Erhalt der Kaufkraft der Arbeitnehmer:innen spielen. Es überrascht nicht, dass die Einigkeit hier endete. Während die Arbeitgeber:innen (Isaline Ossieur, BusinessEurope) vor dem Risiko einer Lohn-Preis-Spirale warnten, wiesen die Arbeitnehmervertreter:innen (Veselin Mitov, Podkrepa) auf den Anteil von Spekulationen und Gewinnen an der Preissteigerung hin. Was die Rolle der Politik betrifft, betonte Dennis Radtke (Europäisches Parlament, EVP), dass die Europäische Union – und insbesondere das Europäische Parlament – nicht für die Ausgestaltung der kurzfristigen Lösungen verantwortlich gewesen sei. Dennoch habe die EU mit der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die Richtlinie ist ein wichtiges Instrument, das Gewerkschaften nutzen können, um ihre Lohnforderungen zu untermauern, so Torsten Müller vom ETUI unter Verweis auf belgische, österreichische und niederländische Beispiele.

### Podium 3

Bei der dritten Podiumsdiskussion ging es um die strategischen internen und externen Abhängigkeiten der EU und ihre begrenzten Kapazitäten. Die Covid-19-Pandemie sowie der Konflikt in der Ukraine und die anschließenden Sanktionen gegen Russland haben die Anfälligkeit der EU bei der Versorgung mit strategischen Produkten, Rohstoffen oder Dienstleistungen offenbart. Störungen der Lieferkette und explodierende Energiepreise waren und sind einer der Haupttreiber der aktuellen Inflation. Outi Slotboom (GD Binnenmarkt, Europäische Kommission) stellte die Hauptsäulen der Offenen Strategischen Autonomie vor – der Plan, mit dem die EU ihre Abhängigkeit von Importen beenden und ihre Resilienz erhöhen möchte. Alexander Conway (Resilium) sprach über die Fragen, die die Strategie aufwirft, vor allem wie neue Abhängigkeiten vermieden werden können. Auch die sozialen und ökologischen Folgen ihrer Umsetzung wurden thematisiert.

# WEITERBILDUNG HAT OBERSTE PRIORITÄT!

Das Europäische Zentrum für Arbeitnehmerfragen unterstützt das Europäische Jahr der Kompetenzen, das die Europäische Kommission für 2023 ausgerufen hat. Ziel dieser Initiative ist es, einen besonderen Fokus auf Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmenden zu setzen. Das soll dazu beitragen die Sozialen Ziele der EU bis 2030 u.a. von 78 Prozent Beschäftigung zu erreichen.



**TEXT:** Lukas Fleischmann  
**FOTOS:** Adobe Stock

„Die zentrale Mission von EZA ist die Weiterbildung von Multiplikator:innen aus Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innenorganisationen. Das ist unser Handwerk seit 1985. EZA hat das Prinzip lebenslanges Lernen verinnerlicht“, sagt EZA-Generalsekretärin Sigrid Schraml, „von daher begrüßen wir diese Initiative der EU-Kommission, insbesondere nach dem Jahr der Jugend 2021. Wir haben unsere Bildungssysteme viel zu lange vernachlässigt. Der Arbeitskräftemangel droht die sog. Twin transition sowie das Konzept der Open strategic autonomy der EU zu gefährden. Vor allem aber bedeutet Qualifikation für jeden einzelnen Menschen Teilhabe an der Gesellschaft. Wir teilen die Meinung, dass Arbeitnehmer:innenbildung ein Schlüsselinstrument ist, das zu mehr Innovation und damit auch nachhaltigem Wachstum und größerer Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen führt.“

Die Initiative der Kommission konzentriert sich besonders auf kleine und mittelständische Unternehmen. Dabei sollen neben konkreten Bildungsmaßnahmen, vor allem die Anerkennung von Qualifikationen über Grenzen hinweg vereinfacht werden. Das soll durch direkte Beteiligung von Arbeitnehmer:innen, Bürger:innen, den Sozialpartner:innen, Bildungseinrichtungen, Arbeitsämtern etc. erfolgen. Gleichzeitig startet die Kommission Aufklärungskampagnen zum Thema Weiterbildung und Qualifikationen für Arbeitnehmende. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, äußerte sich wie folgt zu der Kampagne: „Wir müssen uns bei unseren Investitionen viel stärker auf die berufliche Bildung und die Fortbildung konzentrieren. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit mit den Unternehmen, denn sie wissen am besten, was sie brauchen. Und wir müssen diese Bedürfnisse

mit den Wünschen der Menschen in Einklang bringen. „Aber wir müssen auch die richtigen Qualifikationen für unseren Kontinent gewinnen, Qualifikationen, die den Unternehmen helfen und das Wachstum in Europa stärken.“ Das Jahr der Kompetenzen soll dazu beitragen, die Sozialen Ziele des Aktionsplanes zur Umsetzung der Säule der Sozialen Rechte bis 2030 zu erreichen. Diese sehen unter anderem vor, dass mindestens 60 Prozent der Arbeitnehmenden eine berufliche Weiterbildung pro Jahr wahrnehmen. Außerdem soll mindestens eine Beschäftigungsquote von 78 Prozent bis 2030 erreicht werden. Nach Angaben der Kommission beklagen gerade mehr als drei Viertel der Unternehmen innerhalb der EU Schwierigkeiten, Arbeitnehmende mit den notwendigen Kompetenzen zu finden. Gleichzeitig bilden sich derzeit nur 37 Prozent der Erwachsenen regelmäßig fort. Die Unternehmen selbst jedoch sind aufgerufen, selbst mehr in Ausbildung und Umschulung ihrer Mitarbeiter:innen zu investieren und qualifizierte Arbeitsplätze anzubieten.

Besonders im Bereich der digitalen Kompetenzen haben europäische Arbeitnehmende direkten Aufholbedarf. Vier von zehn Erwachsenen und jeder dritte Arbeitnehmende weist Defizite bei grundlegenden Digitalkompetenzen auf. Durch das Europäische Jahr der Kompetenzen verstärkt die EU Synergien mit bereits bestehenden Initiativen, wie der European Skills Agenda, dem Pact for Skills und der EU Digital Skills and Jobs Coalition. Außerdem weist die Kommission nochmals auf verschiedene finanzielle Fördertöpfe hin, die Umschulung und Weiterbildung ermöglichen. Weitere Informationen und Veranstaltungen zum European Year of Skills finden sich unter [www.year-of-skills.europa.eu/](http://www.year-of-skills.europa.eu/).



# DIGITALISIERUNG UND GREEN ECONOMY

Bericht über die 8. Europäische Soziale Woche



ERÖFFNUNG DER 8. ESW, CYRIL CHABANIER, PRÄSIDENT DER CFTC, ELMAR BROK, PRÄSIDENT DER EUCDA, HERBERT METZGER, PRÄSIDENT DER ESW (VON LINKS NACH RECHTS)

**TEXT:** Herbert Metzger  
**FOTOS:** Herbert Metzger

Im Mittelpunkt der 8. Europäischen Sozialen Woche (ESW), die vom 23. – 25. Februar 2023 in Lyon stattfand und vom European Social Responsibility Institute (ESRI) vorbereitet und zusammen mit der CFTC (Confédération Française de Travailleurs Chrétiens) aus Frankreich durchgeführt wurde, standen Fragen für die Entwicklung der Arbeit und des sozialen Dialogs im Zusammenhang mit der Digitalisierung und der Green Economy. Es nahmen Arbeitnehmervertretende aus 14 Ländern an der ESW teil. Diese Fragen der Entwicklung von Arbeit können nicht losgelöst von Prozessen betrachtet werden, die die Menschen in Europa aktuell bewegen. So wiesen Luc Van den Brande, Präsident von EZA, und Elmar Brok, Vorsitzender der EUCDA, darauf hin, dass es aktuell eine Fülle großer Probleme und Herausforderungen gebe, die plausible Antworten seitens der Politik erfordern: die Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine, die Notwendigkeit einer wirksamen Klimapolitik, die Auswirkungen der Inflation für Haushalte der Arbeitnehmerschaft. Weiterhin stünden im Raum die noch nicht überwundene Corona-Krise sowie die Energiekrise. Das alles habe dazu geführt, sich der großen Bedeutung der Europäische Union zu erinnern und sie durch gemeinsames Handeln weiter zu stärken. Hierzu gehöre auch ein weiterer Ausbau des sozialen Dialogs. Die Bewältigung des technischen Wandels stellt die Arbeitnehmerorganisationen vor schwierige Probleme. Es stehe, so beschrieben es verschiedene Referierende, nicht so sehr der Verlust von Arbeitsplätzen als Gefahr im Raum,

sondern eher die Qualität der Arbeitsbedingungen, die im Rahmen des sozialen Dialogs vereinbart werden sollten. Hier fehle es vielfach an guten Beispielen für Lösungen einerseits sowie an Möglichkeiten, guter Arbeitsbedingungen verbindlich zu vereinbaren. Oft fehlten staatliche Rahmenbedingungen. Außerdem mangle es an rechtlichen sowie strukturellen Voraussetzungen für entsprechende Vereinbarungen mit Arbeitgeber:innen.

Frank Siebern-Thomas, von der EU-Kommission, zeigte Pläne der Kommission auf, mit denen die EU auf Herausforderungen des Klimawandels antwortet. Dabei wies er auf vielen Programme hin, die den Wandel erleichtern sollen. Durch verschiedene Programme soll auch differenziert auf zu erwartende Probleme für Arbeitnehmende reagiert werden. Roman Römisch, vom Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, wies in seinem Beitrag darauf hin, dass die Gefahr bestehe, dass benachteiligte Regionen in der EU bei Digitalisierung und Förderung des grünen Wandels auch in Zukunft weiter benachteiligt blieben. Als Lösung hierfür schlug er vor, die Programme des Kohäsionsfonds der EU, der etwa ein Drittel des EU-Haushaltes ausmache, zielgenauer auf die benachteiligten Regionen auszurichten. Hier liege auch ein großes Arbeitsfeld für Arbeitnehmerorganisationen.







# MAGAZINE



## IMPRESSUM

### Herausgeber

EZA – Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen  
Johannes-Albers-Allee 2 53639 Königswinter  
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0  
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22  
E-Mail: [eza@eza.org](mailto:eza@eza.org) [www.eza.org](http://www.eza.org)

### Redaktion

Sigrid Schraml, Lukas Fleischmann (verantwortlicher Redakteur), Katrin Brüggen, Herbert Metzger, Sergio De la Parra, Ralph Würschinger

### Editorialdesign & Grafik

Sofia Wunderling, 40227 Düsseldorf  
[wunderling.myportfolio.com](http://wunderling.myportfolio.com)

### Fotos

Lukas Fleischmann, Eline Wijnen, CSC ,  
Katrin Brüggen, Herbert Metzger, Adobe Stock

### Erscheinungsweise

Jährlich 3 Ausgaben



Finanziert von der  
Europäischen Union